

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

6. April 1927

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftst. 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Dornsch-Verlag GmbH,
Berlin S.M. 66, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297

Wahnsinnstat in Peking!

Tschangtscholin Einbruch in die Sowjetbotschaft. — Mit Zustimmung der Mächte?

Peking, 6. April. (Reuter.) Etwa 100 Soldaten Tschangtscholin, die gemäß einer vom diplomatischen Korps unterzeichneten Ermächtigung handeln, drangen heute morgen, begleitet von bewaffneter Polizei, in die Botschaft der Sowjetrepublik ein. Ein Schuß fiel; darauf wurde ein Russe aus dem Gebäude hinausgeworfen, gefesselt und in einem Automobil fortgebracht. Bis jetzt wurden etwa sechs Russen und zwanzig Chinesen zur Polizeiwache gebracht. Ein Maschinengewehr, fünfzehn Gewehre und zahlreiche Munition wurden in der Botschaft beschlagnahmt. Der Geschäftsträger der Sowjets und andere Beamte der Botschaft sollen in ihren Arbeitszimmern in Haft gehalten werden. Die Truppen hatten die ganze Botschaft besetzt. Anmerkung von W.B.: An deutscher amtlicher Stelle war eine Bestätigung dieser Meldung nicht zu erhalten.

Wenn diese Meldung von der russischen Telegraphenagentur stammt, dann müßte man instinktiv glauben, es handle sich um einen plumpen und verspäteten Aprilscherz.

Aber es ist die englisch-offizielle Reuter-Agentur, die diesen geradezu ungeheuerlichen Vorgang meldet. Und welches Interesse hat die Reuter-Agentur, eine erfundene Meldung in die Welt hinauszulassen, durch die die eigene Regierung eines Verbrechens beschuldigt wird, das an Wahnsinn grenzt?

In dem Telegramm heißt es ausdrücklich, daß das Peking diplomatische Korps seine „Ermächtigung“ zu dieser unerhörten Aktion gegen die russische Botschaft erteilt hat. Das diplomatische Korps hat überhaupt nicht das Recht eine solche Ermächtigung zu erteilen. Wohl wäre es möglich, daß der englische Gesandte und vielleicht auch dieser oder jener andere Diplomat den nordchinesischen Oberbefehlshaber Tschangtscholin unter der Hand aufgemuntert hätte; es wäre denkbar, daß sich Tschangtscholin eine Art Rückendeckung durch vorherige Anfrage bei der englischen Vertretung gesichert hätte. Damit würde die englische Regierung eine ungeheure Schuld auf sich geladen haben und sie wäre mindestens im gleichen Maße wie die antibolschewistische nordchinesische Militärmiliz für die unabsehbaren Folgen dieses unerhörten Vorgehens verantwortlich.

Daß aber das diplomatische Korps als solches einen derartigen Beschluß gefaßt hat, ist um so unwahrscheinlicher, als insbesondere der deutsche Gesandte ihm angehört und sich unmöglich an einem solchen Irrsinn beteiligt hat.

Was mit dieser ganzen Aktion praktisch bezweckt worden sein mag, ist unerfindlich. Das Vorhandensein einer Anzahl von Schußwaffen im russischen Botschaftsgebäude wäre in jeder europäischen Hauptstadt gewiß eine gravierende Tatsache, durch die wenigstens nachträglich, wenn auch nicht formalrechtlich so doch politisch die Aktion scheinbar gerechtfertigt erschiene. Aber in der chinesischen Hauptstadt besitzen alle Mächte das Recht, ihre Gesandtschaften und Konsulate selbst zu beschützen und die westeuropäischen Auslandsvertretungen verfügen zweifellos über viel stärkere Wachen und Waffenvorräte als die sowjetrussische Botschaft.

Immer vorausgesetzt, daß diese geradezu phantastische Reuter-Meldung zutrifft, das einzige Ergebnis dieser Aktion ist eine akute Kriegsgefahr zwischen der Sowjetunion und den Mächten, die diese völkerrechtswidrige Provokation verschuldet haben.

Die Peking Schattenregierung steht da offenkundig aus dem Spiele. Die zivilen Minister haben nichts zu sagen, der Militärdiktator Tschangtscholin ist der einzige wahre Träger der politischen Gewalt. Aber der intellektuelle Urheber dieser kriegerischen Provokation ist die britische Regierung, deren Vertreter — nach eigenem Geständnis — Tschangtscholin zu seinem Vorgehen „ermächtigt“ hat.

Um unabsehbares Unglück zu vermeiden, muß jetzt schnell gehandelt werden. Ist der von Reuter gemeldete Vorgang richtig, dann war noch nie seit dem Bestehen des Völkerbundes eine Kriegsgefahr so akut — dann war aber auch noch nie ein sofortiges Eingreifen des Völkerbundes so dringend geboten.

Stresemann ist derzeitiger Vorsitzender des Rates. Schon im Albanienkonflikt hat er mit Rücksicht auf Italiens Empfindlichkeiten seine Pflicht versäumt. Jetzt darf er einfach nicht mehr zögern, auch dann nicht, wenn das noch viel mächtigere England eine solche Völkerbundsintervention ungern sehen sollte, ja selbst dann nicht, wenn das völkerbundsfeindliche Sowjetrußland keinen Wert auf Völkerbundsentscheidung legt.

Neben den Artikeln 10, 11, 12 und 15 der Völkerbundsstatute, die bereits im Falle Albanien zur Anwendung hätten kommen sollen, um die Einberufung des Rates zu veranlassen, sieht der Artikel 17 ausdrücklich vor, daß der Rat auch dann eingreifen muß, wenn es sich um einen Konflikt zwischen Mitgliedstaaten und Nichtmitgliedern des Völkerbundes handelt.

Die Internationale Exekutive hat loben beschlossen, die Anrufung des Völkerbundes in der Albanienfrage zu fordern. Um so mehr würde sie eine solche Anrufung nach diesem schweren Peking Zwischenfall verlangen.

Der reaktionäre Kurs geht weiter!

Bürgerblock gegen alle Verbesserungen des Arbeitszeitnotgesetzes im Ausschuß.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags hat heute die Beratungen über das Arbeitszeitnotgesetz aufgenommen. Neben der Regierungsvorlage stand das sozialdemokratische Initiativgesetz mit zur Beratung, das wörtlich den Forderungen der Gewerkschaften nach allen Richtungen entspricht. Die Ausschuhverhandlungen zeigten die arbeiterfeindliche Einstellung des Beihürgerblocks in aller Form. Die Regierungsparteien zogen es vor, sich zu den meisten Anträgen auszusprechen oder sie schickten Herrn Stegerwald vor, der dieses Unternehmergeschrey zu verteidigen wagte.

Genosse Graumann begründete zunächst einen Antrag, wonach die Anrechnung von Arbeitsbereitschaft auf die Arbeitszeit nur tarifvertraglich geregelt werden kann. Der Antrag wurde durch eine Zufallsmehrheit angenommen, doch ist damit zu rechnen, daß der Unternehmerblock im Plenum die Regierungsvorlage wieder herstellt. Genosse Grotewohl verlangte die Aufhebung der heute zulässigen dreifach Ausnahmetage, die der Unternehmer bestimmt. Der Antrag wurde von den Regierungsparteien mit Unterstützung der Demokraten abgelehnt.

Zum allgemeinen Schutz der Arbeiter und Angehörigen, insbesondere zum Schutz der Jugendlichen und der Frauen vertrat die Genossin Luise Schröder zu § 4 der Arbeitszeitverordnung die bekannnten gewerkschaftlichen Forderungen, die

Ausnahmen nur durch tarifvertragliche Vereinbarungen zulassen. Sie schilderte die große Not dieser ausgebeuteten Arbeiterschichten. Der Bürgerblock schweig und stimmte auch diesen Antrag nieder. Ebenso wurde der Antrag zu § 5 abgelehnt, der Zehn- und Zwölfstundentag in Zwangstarifen beseitigen soll.

In den Bestimmungen über die Vergütung der Ueberstunden sind nach der Regierungsvorlage die Vorklause allgemein, die übrigen Arbeitnehmer bei Ergänzungsarbeiten, bei Mehrarbeit in Notfällen und sonstigen Störungen ausgenommen. Darüber hinaus kann der vorgesehene Satz von 25 Proz. durch Vereinbarung und ohne Vereinbarung vermindert werden. Genosse Aufhäuser begründete die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge und appellierte insbesondere an die Angestelltenvertreter Lamback, Thiel, den Angestellten die Beachtung der Ueberstunden zu sichern. Auch hier übte die Sozialdemokraten ohne jede Antwort. Alle Anträge, selbst der Vorschlag auf Einschaltung der Gewerkschaften wurden abgelehnt.

Genosse Becker begründete einen weiteren sozialdemokratischen Antrag, wonach im Bergbau und bei den übrigen mit Lebensgefahr oder mit gesundheitlichen Gefahren verbundenen Arbeiten eine Ueberforderung der Achtfundenschicht unzulässig sein soll.

Auch hier wählte Herr Stegerwald die Ablehnung zu rechtfertigen, indem er die Arbeiter auf das kommende Arbeiterschutzgesetz vertröstete. Die Beratungen gehen morgen vormittag 9 Uhr weiter.

Zwölf Stunden oder acht Stunden?

Der Arbeitszeitkandal im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Das Problem der Arbeitszeit für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist in ein entscheidendes Stadium gekommen. In den nächsten Wochen muß es sich entscheiden, ob in Zukunft die den Bergarbeitern im Jahre 1923 unter Ausnutzung ihrer Notlage aufgezwungene zwölfstündige Arbeitszeit — vielleicht in etwas gemildert Form — weiterbestehen bleiben soll, oder ob endlich der tarifliche Zustand wiederhergestellt wird.

Unter maßlosem Terror haben die Grubenleiter 1923 die Bergarbeiter zur Mehrarbeit gezwungen; Arbeitgeber und Reichsarbeitsministerium haben damals die Bergarbeiter in den Glauben versetzt, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme zur Abwendung einer momentanen wirtschaftlichen Notlage der Werke handle.

Was sich in den folgenden Jahren auf den Werken abgespielt hat, ist beispiellos in der Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt.

Ein Herrenmenschenstum schlimmster Art hat sich gegen die Bergarbeiter ausgelebt. Entlassungen bei den geringsten Vergehren; Herauswurf aus den Bergmannsiedlungshäusern in unzähligen Fällen; Züchtung gelber Wertvereine und materielle Bevorzugung ihrer Mitglieder; Mißregelungen von Betriebsräten und solchen, die es werden wollten. In vielen Fällen wurde die Bildung von Betriebsräten von den Werksdirektionen kurzerhand verhindert. Auf den meisten Gruben herrscht eine Behandlung der Arbeiter, die jeder Beschreibung spottet. In der zwölfstündigen Arbeitszeit sollen zwei Stunden Pause enthalten sein. In Wirklichkeit gibt es Pausen fast durchweg überhaupt nicht. Infolge der langen Arbeitszeit stiegen die Krankenziffern ganz gewaltig, so daß der Wunsch der Belegschaften nach Verkürzung der Arbeitszeit nur zu begreiflich war. Der Bergarbeiterverband hatte daher im Herbst vorigen Jahres das ausgezwungene Mehrarbeitsabkommen gekündigt. Trotzdem es in den Schlichtungsverhandlungen im Dezember den Gewerkschaftsführern gelang, den Nachweis zu führen, daß die im Jahre 1923 von den Arbeitgebern behaupteten Voraussetzungen für die Verkürzung der Arbeitszeit längst nicht mehr beständen; daß die Werke nach ihren eigenen Geschäftsberichten geradezu glänzende Gewinnergebnisse aufzuweisen hätten,

verließ sich das Reichsarbeitsministerium rückwärtslos den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter und erfüllte die Wünsche der Arbeitgeber. Mit Ausnahme einer unwesentlichen Arbeitszeitverkürzung in den Sonnabendabendschichten blieb es beim Zwölfstundentag.

Allerdings wurde in dem Schlichtungsvorschlag an die Parteien zum Ausdruck gebracht, daß „aus sozialpolitischen Erwägungen eine Verkürzung der gegenwärtigen Arbeitszeit, die Ende 1923 als vorübergehende Maßnahme“ eingeführt wurde, erwünscht sei. Das Reichsarbeitsministerium konnte aber — scheinbar auf Grund innenpolitischer Bindungen — die Konsequenz seiner eigenen Auffassung nicht ziehen und schuf einen Blühleiter in Form einer unparteiischen Untersuchungskommission, bestehend aus drei Akademikern.

Wenn das Reichsarbeitsministerium nun etwa geglaubt haben sollte daß diese Beruhigungsmaßnahme auch wirklich beruhigend auf die Bergarbeiter gewirkt hat, so hat es sich mitamt den Arbeitgebern gründlich getäuscht. In hunderten, zum Teil überfüllten Versammlungen haben die mitteldeutschen Bergarbeiter in den letzten Tagen ihrer Entrüstung über das Verhalten der Werksleiter und des Reichsarbeitsministeriums Ausdruck gegeben. Sie verlangen die Beseitigung des Mehrarbeitsabkommens, weil die unmenschlich lange Arbeitszeit für die schwere Bergarbeit einfach unerträglich ist.

Die Bergarbeiter haben gewußt, daß ihnen großes Heil durch die Untersuchungskommission nicht widerfahren würde. Aber sie konnten zumindest der Auffassung sein, daß die Kommission durch ihre Grubenbefahrungen aus nächster Nähe die furchtbaren Wirkungen der Zwölfstundenschicht erkennen und danach ihr Gutachten abgeben würde. Er herrscht daher eine ganz verständliche Erregung und alle beteiligten Kreise haben dem Gutachten mit äußerster Spannung entgegen.

Das Gutachten dieser Untersuchungskommission liegt nun vor. Wir übergeben dieses wissenschaftliche Produkt als ein beredtes Zeugnis sozialreaktionärer Rückständigkeit hiermit der Öffentlichkeit zum bestmöglichen Gebrauch. Kein überflüssigerweise ist diesem Gutachten eine achtseitige Begründung beigelegt, mit dessen Inhalt wir uns noch besonders befassen werden. Hier ist das Gutachten:

Entscheidung.

In der Erwägung, daß eine Verringerung der Selbstkosten wenigstens in den Tagebauwerken durch Rationalisierung und eine Erhöhung der Erträge dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in gewissem Umfang möglich sein wird, ist die Kommission der Ansicht, daß eine mäßige Schichtverkürzung in den Tagebauwerken eintreten kann. Sie schlägt deshalb vor:

In allen Betrieben, in denen bisher die 12stündige Unwesentlichschicht herrschte, die 11stündige einzuführen, worin mindestens 1 1/2 Stunden Pause eingeschlossen sein müssen für die Tiefbaue, in denen bisher die 8- bzw. 8 1/2stündige Arbeitszeit gilt.

Kann die Kommission leider zurzeit eine Schichtverkürzung nicht als wirtschaftlich tragbar bezeichnen.

Um die stetige Entwicklung zu sichern und die Gefahr von Rückschlägen möglichst zu beseitigen, und um einerseits der Arbeiterschaft eine gesunde Basis für die weitere Kürzung der Arbeitszeit zu

Konflikt bei der Reichsbahn.

Die Verhandlungen gescheitert.

Die wochenlang von der Deutschen Reichsbahngesellschaft verschleppten Verhandlungen über die Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung sind heute von den vertretungsbefehlenden Organisationen abgebrochen und als gescheitert bezeichnet worden. Um zu einer Verständigung auf den Verhandlungsweg zu kommen, haben die Organisationsvertreter sich bemüht, jede Verhandlungsmöglichkeit zu erschöpfen. Das heute von der Deutschen Reichsbahngesellschaft gemachte Angebot von durchschnittlich 3 Pf. die Stunde mußte jedoch als eine Verhöhnung bezeichnet werden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sollte überhaupt nicht eintreten. Nur den Werkhelf- und Bahnwartungsarbeitern wollte man für die ersten drei Ueberstunden einen Zuschlag von 10 Proz. für die zweiten drei Ueberstunden von 15 Proz. zahlen. Die Gewerkschaftsvertreter drücken darauf die Erklärung ab, daß die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten sind und sie weitere Schritte einleiten werden.

schaffen, andererseits den Werken die Umstellung zum Ausgleich der Belastung durch Betriebsverbesserungen zu ermöglichen, äußert die Kommission zu den Einzelheiten folgende Ansicht:

1. Da die Untersuchungen der Kommission auf den zurzeit wirklich gezahlten Löhnen aufbauen, sind die Schlussfolgerungen nur berechtigt, wenn diese nicht geändert werden, und zwar mehr zugunsten des Arbeitgebers noch des Arbeitnehmers. Es wären danach nicht nur die alten Schichtlöhne, sondern auch alle Zulagen in alter Höhe weiter zu zahlen, z. B. die sogenannten Bereitschaftszulagen, welche die Arbeiter dafür erhalten, daß sie in der Pause an ihrer Arbeitsstätte bleiben, um im Falle von Unfällen und Störungen eingreifen zu können; die Prämien wären der Zeiterfüllung entsprechend neu festzusetzen, so daß die Arbeiterschaft die Prämien in alter Höhe verdienen kann.

2. Zur Umstellung der Betriebe auf die verkürzte Schichtzeit, sowie zum Anlernen von Ersatzleuten für die 24stündig durchlaufenden Betriebe (Brikettfabriken usw.) wäre den Werken eine Frist zu geben, damit die Neuregelung erst am 1. Juli 1927 in Kraft tritt. Auf solchen Werken, wo am 1. Juli 1927 noch Bauten und Neueinrichtungen im Gange sind, die zur Anpassung der Produktion an die verkürzte Schichtzeit erforderlich sind, müßte die Belegschaft in dem durch diesen Umbau bedingten Maße durch Beibehaltung der alten Schichtzeit vorübergehend überarbeitet werden, sofern diese entsprechend bezahlt wird. Das gleiche gilt für Maschinenführer und ähnliche Arbeiterkategorien, wenn das Anlernen von Ersatzleuten, die als Springer eintreten können, bis 1. Juli d. J. nicht gelingt.

Darüber hinaus müßte in Einzelfällen die örtliche Vereinbarung einer längeren Schichtdauer, namentlich bei kleinen Werken, zur Vermeidung besonders unrationeller Betriebsführung gestattet sein, sofern die Überarbeit entsprechend bezahlt wird.

3. Um einerseits vor neuen Verhandlungen die Wirkung dieser Schichtverkürzung erkennen zu können und um andererseits den Werken genügend Zeit für Fortentwicklung der Rationalisierung zu geben, die auch künftig als Voraussetzung für weitere Schichtverkürzungen erscheint,

müßte das neue Arbeitszeitabkommen frühestens zum 31. Dezember 1928 fündbar sein.

Es erscheint empfehlenswert, nach dem 30. Juni 1928 durch eine neutrale Stelle (z. B. Reichswirtschaftsministerium) eine umfangreiche Prüfung über die wirtschaftliche Wirkung der Schichtverkürzung vorzunehmen, als Grundlage für die weiteren Verhandlungen.

4. Der örtlichen Vereinbarung müßte die Anordnung der Schichtzeiten vorbehalten bleiben, wobei das Ziel wäre, Sprünge und Nachschichten nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Belegschaften müßten gehalten sein, verschiedene Schichten (z. B. Wechsel von 10- und 12stündiger Schicht) zu versehen.

Berlin, den 25. März 1927.

gez. Eufat, gez. Brauer, gez. Spadeier.

Die mitteldeutschen Bergarbeiter werden von diesem „Gutachten“ mit einem einzigen Ruf der Entrüstung Kenntnis nehmen. Sie werden dieses Gutachten, das ihnen so gut wie nichts und eine Bindung an dieses Nichts bis Ende 1928 bringt, einfach verwerfen. Es ist wirklich ein starkes Stück, daß es die Kommission gewagt hat, dieses Pamphlet den Arbeitern und dem Reichsarbeitsministerium als die Richtlinien zur Arbeitszeitregelung auf Jahre hinaus anzubieten.

Das unter dem Vorsitz des Ministerialrats des Reichswirtschaftsministeriums, Dr. Eufat, einstimmig zustande gekommene Skandalprodukt kann niemals die Grundlage ernstlicher Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage bilden. Höchst merkwürdig ist, daß das Gutachten die Zustimmung eines der christlichen Gewerkschaftern nehmenden Mitgliedes der Kommission gefunden hat. Mit einem Worte, dieses kulturhistorische Dokument hat verteuftete Ähnlichkeit mit jenen nur eigens für Ministerien bestimmten „Denkschriften“, die aus den Bureaus der Arbeit-

geberverbände stammen. Es ist daher einem Nichts gleichzusetzen.

Soweit es bis zur Stunde in Bergarbeiterkreisen bekannt wurde, hat es helle Empörung ausgelöst.

Wie die Bergarbeiter über das Gutachten und die Behauptungen der Arbeitgeber, daß die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit nur eine solche der Gewerkschaftsführer sei, denken, wird sich bald zeigen. In den nächsten Tagen findet eine Urabstimmung unter den mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeitern statt über die Frage Zwölf- oder Achtstundenschicht.

Ministerium, Kommission und Arbeitgeber werden ihr blaues Wunder erleben!

Strefemann und das Konkordat.

Drei kleine Stimmungsbilder zu einem großen Umfall.

1. Die väterliche Verzeihung:

„Das Zentrum wird sich mit diesem Ausgang der Sache zufriedengeben können und hat zu weiteren Schritten im gegenwärtigen Augenblick keine Ursache. Der Zwischenfall bietet uns jedoch den Anlaß zu einer eindringlichen Bemerkung an die Adresse der Deutschen Volkspartei und der Demokraten. Wir leben heute nicht mehr in der Zeit von vor 50 Jahren. Fehler, die damals allenfalls noch halbwegs verständlich sein mochten, deren Fehlerhaftigkeit aber inzwischen längst erkannt und durch Wort und Tat anerkannt ist, sollten nicht heute wiederholt werden, nachdem wir doch, durch schmerzvolle Erfahrungen belehrt, klüger geworden sein sollten. Ist nicht Dr. Strefemann in mancher seiner in den letzten Jahren gehaltenen Reden selbst von der Kulturkampfpolitik abgerückt? Daß heute die Zeit nicht mehr geeignet ist für eine Neuaufgabe des unseligen Kulturkampfes, daß unser Volk von solchen Dingen nichts mehr wissen will, kann es ein Volk geben, so weisfremd, daß diese Erkenntnis ihm verjagt geblieben sein sollte?“

Wenn der Zwischenfall dieser kulturpolitischen Gambinurede des Führers der Deutschen Volkspartei die Folge hat, daß diese Erkenntnis auch bei den Liberalen Gemeingut wird, so können wir dieses Zwischenfall als in befriedigender Weise abgeschlossen betrachten.“

2. Die Zensur des Schullehrers:

„Wir müssen Herrn Dr. Strefemann attestieren, daß zwischen seinen Ausführungen am Sonntag und seiner gestrigen Reichstagsrede ein ausgesprochenes Gegenpaar besteht, der es nötig macht, daß in der heutigen Reichstagsrede bei Behandlung der demokratischen Entschließung zur Konkordatsfrage, die wir in unserer gestrigen Morgenausgabe veröffentlicht haben, die Parteien der Regierungskoalition in einer gemeinsamen Erklärung ihre Stellungnahme zur Konkordatsfrage kundtun. Die Deutsche Volkspartei versucht zwar in einer recht gemühten Erklärung die Ausführungen des Reichsaußenministers als die selbstverständliche Sache von der Welt hinzustellen und auch die eigene Stellungnahme zu rechtfertigen. Aber Ministerreden, die der nachträglichen Interpretation bedürfen, sind nichts wert, und Dr. Strefemanns politische Extralour hat ihm selbst, seiner Partei und der Sache geschadet. Daran ändern auch alle Auslegungsergebnisse nichts.“

3. Die Ausrede des Schulbuben:

Dabei geht man von der irrigen Darstellung aus, daß die unbedingte Betonung des liberalen Standpunktes der Deutschen Volkspartei in allen Kulturfragen, den Strefemann am Sonnabend scharf unterstrichen hat, sich auf die grundsätzliche Einstellung zum Abschluß eines Konkordats beziehe und nicht auf dessen zu erwartenden Inhalt. Wenn er deshalb gestern in seiner Antwort auf die Anfragen der Opposition betonte, seine Einstellung zu der Frage des Konkordats werde letzten Endes von dessen Inhalt abhängig sein, so war das zwar eine Selbstverständlichkeit. Es ist aber bedauerlich, daß diese Selbstverständlichkeit nicht begriffen wurde.

Gewiß ist die Stellung innerhalb der Deutschen Volkspartei nicht einheitlich. In ihr finden sich viele grundsätzliche

Begner des Konkordatsabschlusses, namentlich in den kulturpolitischen Schichten, die ihr angehören. Man wird sich aber doch fragen müssen, ob es nicht richtiger ist, uns in den Verhandlungen mit der Kurie vor weitgehenden Eingriffen in unsere Bildungsfreiheit zu schützen, anstatt den Schwerpunkt des Streites grundtätig auf den Abschluß eines Konkordats zu legen, eine Frage, die doch nur praktischer Natur ist. Im übrigen wäre es wünschenswert, daß die kulturellen Fragen jetzt bald von dem Reichskabinetts vorwärts gebracht würden, damit man Klarheit hat, wohin der Weg geht.

Strefemann ist zwar mit dem Reichskanzler einverstanden, aber er möchte doch wissen, wohin der Weg geht, damit er weiß, welchen Standpunkt er morgen haben muß.

Die Albanien-Kommission.

Deutschland zur Teilnahme eingeladen.

Die französische und die englische Regierung haben, wie man weiß, eine Vermittlerrolle in dem italienisch-südslawischen Konflikt wegen Albanien übernommen, und haben die Einsetzung einer ständigen Drei-Mächte-Kommission angeregt, die bei Grenzstreitigkeiten und sonstigen bedrohlichen Zwischenfällen an der südslawisch-albanischen Grenze unterzuchen und eingreifen soll.

Außer Frankreich und England soll auch Deutschland in dieser Kommission vertreten, und die Reichsregierung ist von diesen beiden Mächten bereits zur Teilnahme eingeladen worden.

Die Reichsregierung hat grundsätzlich zugestimmt, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Befugnisse dieser Kommission genau umschrieben werden und daß die drei Länder Italien, Albanien und Südslawien sowohl mit der Einsetzung der Kommission als auch mit ihrer Zusammenziehung einverstanden sind.

Die Kommission wird, wenn sie zustande kommt, wahrscheinlich aus dem Mittelländischen Frankreichs und Englands in Belgrad und aus einem „mittelländischen“ Mitglied der deutschen Gesandtschaft in Belgrad bestehen.

Der umstrittene Finanzausgleich.

Schlussdebatte im Preussischen Landtag.

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung gab Frau Abg. Christmann (Soz.) eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung ab, in der sie die wiederholten Behauptungen des Abg. Schön (Wirtsch. Bgg.) gegen einen sozialdemokratischen Oberfeldherren Beigeordneten auf freier Erfindung beruhend bezeichnete. Sämtliche bürgerlichen Fraktionsvorsitzenden in Elberfeld hätten die Darstellung des Abg. Schön als unwahr bezeichnet.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen erfolgt die dritte Lesung des preussischen Finanzausgleichsgesetzes, in der Abg. Hecken (Dnat.) sich gegen den Vorwurf wendet, daß seine Freunde beim Finanzausgleich die Agrargemeinden gegenüber den Arbeiterwohngegenden bevorzugen wollten. Die Erklärung des Berliner Oberbürgermeisters über die angebliche Benachteiligung Berlins seien der Aufsicht zum Kampf um den endgültigen Finanzausgleich. Durch seine scharfen Erklärungen habe er dem gesamten übrigen Preußen den Kampf angeblasen. Sein Standpunkt, daß das örtliche Steueraufkommen an die Gemeinde zurückfallen müsse, sei unhaltbar. Im übrigen seien die Realsteuern Berlins im Verhältnis zu denen der westlichen Industriestädte viel zu niedrig.

Abg. Neumann-Frohne (D. Bp.): Durch den Finanzausgleich sind unsere Wünsche auf Senkung der Realsteuern durch erhöhte Ueberweisungen an die Gemeinden nicht erfüllt worden. Oberbürgermeister Böhm vertritt verständlicherweise die Berliner Interessen, aber hat den Führern der Wirtschaftsverbände und dem „Berliner Tageblatt“ nachweislich falsche Darstellungen gegeben, wie bei der Automobil- und Hauszinssteuer.

Sozialdemokratischer Antrag zu den Forderungen Berlin

Die sozialdemokratische Fraktion hat zu der Abstimmung über den Finanzausgleich, die nach heute stattfindet, wiederum den in zweiter Lesung abgelehnten Antrag eingebracht, den Anteil Berlins am Finanzausgleich dadurch zu erhöhen, daß die relative Garantie von 22 auf 23 Pf. erhöht wird.

„Die Schule von Uznach.“

Erstaufführung im Theater in der Königsgräber Straße.

Karl Sternheim appliziert eine wohlwollende Dusch. Wir merken sofort, daß er selber sich nicht betäuseln läßt. Niemand macht ihm ein X für ein U vor. Der „Neue Sachlichkeit“ steht als Unterliefer des Stils. Gesehen wir nur, Sternheim wickelt aus unseren Köpfen alles fort, was man die Suggestion mit Hilfe des aufgeplusterten Wortes nennen könnte. Da nun einige andere in der letzten Zeit versucht haben, diese Rationalitätigkeit und Reserve ihm nachzumachen, sehen wir im Original erst, wie vorzüglich der Mann ist. Er ist ein Snob ohne Leidenschaft. Er ist ein Bourgeois mit ganz klarem Gefühl. Was er fastförmlich anfrüht, das hat wenig mit dem zu tun, was uns Leuten aus dem Volke am Herzen liegt. Trotzdem interessiert uns die Sorge, die sich Sternheim über seine lieben Mitbürger macht. Eigentlich ist die Weltanschauung miserabel, aber sie wird uns so überlegen, mit einer so starken, so schneidenden Logik eingetrichtert, daß wir uns immer freuen, wie helle dieser Lustspielschreiber ist.

In der „Schule von Uznach“ nennt der Sarkasmus gegen die jungen Damen mit Rentengenuß, hohen Monatspensionen, sogar mit Milliardenvermögen und ähnlichen Genußmitteln. Diese Fräuleins werden in der modernen Tanzkunst erzogen, weil das Tanzen gleichbedeutend sein soll mit moralischem Training. Die jungen Damen ersauern, daß Fräulein Rothilde aus Deutschland die Jungfrauenhaftigkeit noch nicht erlernt hat. Kurz, es mißt sich die Uebergeschwindigkeit schließlich mit dem gesunden Menschenverstand. Es kommen die Liebespaare zusammen, indem jeder entleert, daß die neue Liebesfähigkeit nur der alte romantische Schwindel ist. Und man tritt zum Renouet an, als wenn man noch tief in der Krinoline drinsteht. Nun ist auch dieser Schluß des Sternheimischen Lustspiels gar nicht von familiär wirkender Banalität. Der Satiriker bleibt immer überlegen. Die Literatur, die er pflegt, ist mehr als gepflegt. Der Kopf von Eis ist ein tüchtiges Köpfchen. Darum müssen wir ihn loben.

Su loben ist auch die Aufführung, die Gustav Hartung inszeniert. Das kleine Volk der Weberdamen tanzt und wiegt und schwebt und schwebt über die Bühne, und es sind junge Damen ausgewählt, die in Anmut strahlen. Das schauspielerische Talent kommt erst in zweiter Ordnung, und man vergißt gelegentlich sogar, daß diese und jene Künstlerin lipst. Doch es fallen auf Karin Evans und Pamela Wadokind. In diesem Stück der Kaltblütigkeit redet Karin Evans einmal in schmelzenden Tönen der Julia, und man vermutet, daß sie dieses Tones noch weiter Herrin werden wird. Die schauspielerische Physiognomie der Tochter Franz Wadokinds ist noch nicht celliert. Das Gedicht des jungen Mädchens möchte man mondän nennen. Es ist eigentlich nichts Mädchenhaftes in diesem Gedicht zu sehen. Man glaubt, die junge Künstlerin hat einige Theaterkulturen und Jahresklassen überprungen. Neben

dieser angeordneten Routine spielt aber auch eine angeborene Geistesfähigkeit. Anne Kersten und Hans Hermann Schausfuß erringen ihren Sondererfolg, indem Schausfuß durch Honswurfschüchternheit und Fräulein Kersten durch eine robuste Mächtigkeits-erwedung das hohe Lied der Verliebtheit vortragen. Sternheim arbeitet da mit allem Theaterrittel, aber auch dieses Werkzeug führt er famos und zielfühler. Er ist ein Künstler im Versteck dieses scheinbar abgedrahten Trids und die beiden Künstler parodieren höchst ergötlich. Auch Karl Ludwig Uznach spielt so vorzüglich, daß man seine Gewohnheit vergißt, noch allzu pathetisch dem alten Expreffionismus der Deklamation zu huldigen. Der Schauspieler ist freier geworden. Er will nicht mehr heroisch charakterisieren, er detailliert. Max Hochdorf.

„Der Wildschütz“ im Staatlichen Schauspielhaus.

Vorhings „Wildschütz“ bedeutet für die Opernbühne der Gegenwart ein Problem. Das Werk enthält zwar die beste Musik, die Vorhings geschrieben hat — und das ist mehr, als man nach dem Durchsicht seiner Werke annehmen sollte; aber es hat ein Textbuch, dem selbst der gutgläubigste Opernbesucher nicht mehr zum Opfer fällt. In dieser schrecklichen Verwickelungskomödie hält man drei Akte hindurch einen Esel für einen Rebhock, weil sonst eben die ganze Komödie nicht möglich gewesen wäre. Und man hält Frauen für Männer, kennt Schwärmer und Brüder nicht, kurz, die Unglaublichkeiten sind auf eine Art gehäuft, daß es selbst dem geduldigsten Zuschauer den Rest gibt. Ehe hier das Textbuch nicht gründlich umgedichtet ist, wird sich der „Wildschütz“ schwerlich auf der Bühne halten können. Daß der musikalische Gehalt die Arbeit lohnen würde, steht außer Frage. Solange aber muß die Oper an ihrem Textbuch scheitern, und es bleibt ein vergebliches Bemühen, rettungslos Verrottetes auszustauben und ans Tageslicht zu ziehen. Die fehlende Staubschicht macht die Schäden nur um so offenkundiger.

So erlebte man an der Aufführung im Staatlichen Schauspielhaus eine recht geteilte Freude. Kleiber, der das Werk leitete, gab ihm Schwung und Witz. Er deutete zwar durchaus nicht alles im Vorhingschen Geist aus, aber er ließ sich dabei von dem richtigen Gedanken leiten, daß nur stärkstes Hervorheben der paradiesischen Elemente das Werk im jetzigen Zustand genießbar macht. Eins aber wurde vergessen: ausgeglichenes Kürzen. Zweieinhalb Stunden wäre für die Aufführung reichlich Zeit gewesen. Statt dessen dauerte sie drei. Da rettete kein humorvoll pointiertes Musikieren, keine noch so anmutige Aufmachung vor einer unbesiegbaren Müdigkeit. Die Darsteller setzten sich für das Werk mit allen Kräften ein. Leo Schützendorfer in der Rolle des Liebhabers lang und spielte so witzig, daß man wirklich auf Augenblicke alle die Unwahrscheinlichkeiten vergaß. Violetta Stroggi, Genia Grizalewicz, Tilly de Garmo, Margarete Arndt-Ober, Arthur Fieischer, Carl Höfen, Ewald Wend bildeten mit ihm stimmlich wie schauspielerisch ein gut abgestimmtes Ensemble, das sich humorvoll in die neuen Bühnenbilder Emil Birchaus einfügte. Das Publikum zeigte sich denn auch durch lebhafteste Hernorrufe dankbar. Les.

Körperphysik und Raumlagerung. Claire Bauroff und Ellnor Lordis langten in einer Matinee des Neuen Theaters am 30. Beide hochwüchsigen. Beide starke, echt tänzerische Temperamente. Beide technisch vollkommen durchgebildete Körper. Beider Kunst auf dekorative Wirkungen gerichtet. Und doch zwei grundverschiedene künstlerische Individualitäten. Die tänzerische Ausdruckskraft der Bauroff sammelt sich in der Rhythmik der oft pantomimischen Körperbewegung. Die der Lordis wirkt darüber hinaus raumgestaltend und raumfüllend. In den Tänzen der Bauroff lebt und schwingt eine wohlgeformte rhythmische Bewegung. In den Tänzen der Lordis lebt und schwingt der fühlbar gewordene Raum. Sie gibt das letzte des modernen Tanzes: bewegte Architektur. Freilich nicht in der reinen abstrakten Silhouettenform der Wigman oder der Palucca, sondern mit ausgesprochen ornamentalem Charakter. Der Raum erscheint oft arabeskenhaft-symmetrisch geteilt: rechts das Bild, links das Spiegelbild. Viel schmückende Schnörkel, die einen Tanz wohl begleiten und rahmen dürfen, aber nicht das Gerüst des kompositorischen Aufbaues bilden sollten. Die Bauroff gibt ihr Bestes in „Spiel der Glieder“ (diesmal nicht so glänzlich produziert wie neulich im Blüthner-Saal). Die Kunst der Lordis, der Musik eng verhaftet, spielt in Tänzen wie „Präludes“ und „Aus der Jugendzeit“, bei aller Weichheit künstlerisch strengen Formungen. Die Bauroff macht Konzessionen, die oft bedenklich die Grenze des Varieté streifen. Die Lordis bleibt stets im Rahmen des vornehmen Kunsttanzes. S. S.

Europas erster weiblicher Generalmusikdirektor. Der einzige und erste weibliche Generalmusikdirektor in Europa ist die Leiterin des Blüthnerischen Orchesters von Paris — Madame Lola Bosson. Sie hat vor einigen Tagen Kopenhagen besucht, wo sie als Gast im Orchesterkonzert dirigierte. Sie gab bei dieser Gelegenheit dem Vertreter einer dänischen Zeitung ein Interview. „Ich arbeite auf diesem Gebiet erst einige Jahre“, erzählte sie, „und trotzdem ist mein Blüthnerisches Orchester als der Mittelpunkt für internationale Musik in Paris anerkannt. Man nennt mich daher die Volksherrin der Musik, während meine Tätigkeit den Spitznamen „das musikalische Socarno“ bekommen hat. Meine Idee ist nämlich, die Musiker der ganzen Welt einander näherzubringen.“ Die Dirigentin zeigte dem Interviewer einen Brief, den sie von Jean Chantavoine, dem Generaldirektor des Pariser Musikonservatoriums, erhalten hat. „Sehen Sie“, sagte sie dabei, „es gibt nicht weniger als hundert- undfünfzig Konzerte- und Orchestervereine in Paris. Ich aber bin die einzige, die die Aufforderung erhalten hat, einen bedeutenden deutschen Solisten zu einem Konzert einzuladen.“

In der Zeitschrift vom 2. 11. v. J. zu Gunsten der Wohlfahrtskassen der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger eine einmalige Nachtvorstellung von „Spiel im Schloß“ veranstaltet.

Unbekannte neue Strahlen? Zwei Gelehrte, die sich einen Monat lang auf dem Rücken des Mondes in der Schwere aufhielten, haben im Verlauf ihrer astronomischen Beobachtungen neue eigenartige Strahlen entdeckt, die an Stärke die Röntgenstrahlen übersteigen und von einer gewissen Gruppe von Sternen kommen sollen.

Chaplin und der russische Kinotruff. Charlie Chaplin hat das Angebot des russischen Staatskinotruff, nach Moskau zu kommen und sich dort dauernd niederzulassen, abgelehnt. Chaplin ist aber bereit, für einige russische Filme zu arbeiten, er will Ende des Jahres nach Moskau kommen.

Der Handel mit Korruptionsmaterial.

Anschuldigungen gegen Stresemann. — Die Rolle der deutschnationalen Geschäftsstelle.

Entgegen unseren Feststellungen sucht der Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Dr. Weiß, weiter zu bestreiten, daß das von ihm für 5000 Mark aufgekaupte Aktienmaterial der Deutschen Werke — Verkäufer war der Zeuge Kranz — gegen Stresemann gerichtet gewesen sei. Das Inhaltsverzeichnis der dreißig Rapports, deren 26 Stresemanns Beziehungen zu Litwin und der Evaporator A. G. enthält, will er nicht kennen.

Sein Verneinen ist vergeblich. Das betreffende Verzeichnis wurde bereits im Juli 1925 — unmittelbar nach den Enthüllungen des „Vorwärts“ über Kuhmann und Knoll — einem Mitarbeiter des „Vorwärts“ von einem Beteiligten der Spigelzentralen übergeben, und zwar zum Beweise, daß die deutschnationalen Hehe in der Barmat-Sache nur das

Vorpiel zu einer weiteren Hehe gegen andere Politiker,

insbesondere gegen Stresemann sei. — Es widerspricht auch jeder Wahrscheinlichkeit, daß die deutschnationalen Hauptgeschäftsstelle für ein — wie Dr. Weiß behauptet — völlig ungeklärtes Material von 1—2 Zentner Gewicht ohne weiteres 5000 Mark auf den Tisch des Hauses gelegt hätte. Für die Aufdeckung einer ganz unpolitischen Schieberaffäre hätten die Deutschnationalen nie und nimmer eine dergleichen horrenden Summe gezahlt, die der Rechtsanwalt Kurz mit Recht als ein „kleines Vermögen“ bezeichnete.

Dabei hat der gleichfalls in Plauen vernommene Zeuge Goebel, ehemaliger Staatsanwalt und abgebaute Oberregierungsrat im Reichsverwertungsamt, der gleichfalls auf deutschnationaler Seite an dem Erwerb des Aktienmaterials hervorragend beteiligt war, noch einen wichtigen Umstand verschwiegen. Goebel, der sich gegenüber Kranz und anderen als „Verbindungsman zwischen der deutschnationalen Geschäftsstelle und der Staatsanwaltschaft“

bezeichnete, hat für das Material nicht 5000 sondern 10 000 Mark geboten, und zwar 5000 Mark in bar, weitere 5000 Mark nach Bearbeitung. Wegen dieser restlichen 5000 Mark ist es dann später zwischen Kranz und dem zur Bearbeitung mit hinzugezogenen Korvettenkapitän Kautter (Mitglied der DV.) einerseits und Herrn Dr. Weiß andererseits, der das Geld nicht zahlen wollte, zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Bei diesen Auseinandersetzungen hat auffälligerweise der Staatsanwaltschaftsreferent Kuhmann den Vermittler zu spielen gesucht. Es kam schließlich so weit, daß Kautter von Weiß mit Strafanzeige bedroht wurde, worauf Kautter mit der Gegendarstellung antwortete, er werde sich alsdann — den Rechtsanwalt Werthauer als Verteidiger nehmen!

Breithaupt und Goebel.

Der Zeuge Goebel verdient überhaupt noch eine etwas genauere Betrachtung. Er hat in Plauen ausgesagt, mit Kranz nur rein „zufällig“ in Berührung gekommen zu sein. Herrn Goebels Dasein ist offenbar mit Zufällen reich gesegnet. Dann ebenso „zufällig“ wie Kranz ist durch Goebel auch der berühmte Spion Wolfgang Breithaupt der Spigel- und Verkeimzentrale Knolls zugeführt worden. Breithaupt wurde am 16. Januar 1925 durch den Archivar Schmidt der Deutschnationalen Volkspartei mit Goebel bekannt gemacht. Goebel ließ sich von Breithaupt sofort ein längeres Stenogramm geben über den Aufenthalt Breithaupts während des Krieges in Holland (Breithaupt war Detachierter) und die Berührung, in die Breithaupt damals mit Barmat gekommen war; diese bestand tatsächlich darin, daß Breithaupt sich in eine pazifistische Organisation einschloß und unter dieser Marke Barmat angepumpt hatte.

Breithaupt wurde für den nächsten Tag wieder auf die deutschnationalen Geschäftsstelle bestellt und hier mit Goebel bekannt gemacht, der ihn seinerseits mit Kuhmann bekannt machte. Alles rein zufällig! Für den 19. Januar wurde dann Breithaupt durch Goebel — natürlich zufällig — in das auch im Plauer Prozeß mehrfach erwähnte Restaurant Weinpuhl (Röniggräber Straße) bestellt, wo die Bekanntschaft mit Knoll-Kluge, Kautter sowie Bacmeister vor sich ging, worauf denn

die Enthüllungsgesellschaft komplett und beieinander

war. Herr Goebel, der 1924 als Oberregierungsrat im Reichsschatzministerium abgebaut wurde, ist nach Mitteilung des „B. Z.“ jetzt wieder im Reichsdienst, und zwar als Beisitzer im Reichsverwertungsgericht tätig. Mit Recht wird die Frage aufgeworfen, ob dieser Herr Goebel als Beamter in Betracht kommen kann, er der offensichtlich gestohlenes Material für 5000 Mark aufgekauft hat, um es gegen seine Regierung auszuspielen. Aber diese Frage genügt nicht. Unseres Erachtens müßte darüber hinaus geprüft werden, wie weit Herr Goebel in Plauen der Eidesverpflichtung nachgekommen ist, die dem Zeugen auferlegt, nichts zu verschweigen.

Sachsischenjubel in Litauen.

Ungeheuerliche Umsturzpropaganda in der Armee.

Kowno, 6. April. (OE.) Die Zensur verhindert die Oppositionspresse, zu den schroffen Kampfmaßnahmen der Regierung ausreichend Stellung zu nehmen. Dagegen äußert sich der Sachsisch, früherer Oberst, Stomazki in seinem Organ „Lautos Baltas“ sehr zufrieden, ja geradezu begeistert über die Feldgerichte: die Regierung solle sich um die Termination der Linksparteien nicht kümmern, nachdem sie sich endlich dazu aufgerafft hätte, schneidig vorzugehen. Stomazki erinnert an Mussolini, dem anscheinend ein ähnlicher Widerstand begegnet sei, wie ihn jetzt die litauische Regierung finde. Doch Mussolini habe verstanden, alle Gegner niederzuschmettern und auch erklärt, daß er gegebenenfalls vor der Erschießung von Parlamentsabgeordneten nicht zurückzudenken würde (soll heißen, vor der „legalen“, denn ermordeten lassen hat er ja z. B. den Abg. Genossen Mattenti. Red. des „Vorwärts“).

Vor einigen Tagen wurde auf dem Stabsgebäude des 1. Litauischen Infanterieregiments in Wilkomir eine rote Fahne gehißt. Als der Schuldige wurde der Bursche des Regimentskommandeurs ermittelt und verhaftet. Die Sache wird noch untersucht. In den Kasernen des 5. Wägenregiments und des 2. Infanterieregiments wurden revolutionäre Flugblätter gefunden, die die Soldaten auffordern, „aus den dumpfen Kasernen auf die Straße zu gehen“ und zur Errichtung einer Regierung von Arbeitern und Bauern beifällig zu sein.

Papst und Pilsudski. Der Papst hat der Gattin und den beiden jugendlichen Töchtern Pilsudskis drei schwere Rosenkränze aus Gold und Edelstein geschenkt. Belehnet war diese Gabe vom apostolischen Segen für die Familie des Marschalls.

Die Akten- und Wohnungsschieber.

Das Ergebnis der Untersuchungen.

Zu den Wohnungsschiebungen, derenwegen der Stadtschreiber Alwin Haus verhaftet worden ist, wird folgendes mitgeteilt: Die Anschuldigungen, die Haus gegen einen höheren Beamten, seinen Vorgesetzten und gegen einen mittleren Beamten erhoben hat, sind völlig unbegründet. Als Haus vom Dienst entbunden wurde, beschuldigte er in einem langen Schreiben diese beiden Beamten, Unberechtigten ebenfalls Wohnungen zugewiesen zu haben. Das war jedoch, wie die Ermittlungen ergaben, nur eine Entlastungsoffenstunde zu seinen Gunsten. In der Hand eines Durchschlages des eingegangenen Schreibens prüfte Bürgermeister Leid persönlich alle diese Beschuldigungen im einzelnen eingehend nach. Das Ergebnis war, daß alle Zuweisungen, die unberechtigt stattgefunden haben sollten, ordnungsmäßig erfolgt waren. Haus selbst sind dagegen bisher in 9 Fällen Verfehlungen nachgewiesen worden. Er hat u. a. Prüferberichte aus anderen Akten herausgenommen und in die Akten der Leute hineingelegt, denen er Wohnungen zuweisen wollte. Dementsprechend fällte er in den Akten auch die Namen. Eine Wohnung, die er selbst früher hatte, diente immer als Grundlage zu einem Wohnungsaustausch. Auch dabei wurden Akten gefälscht. In einem Falle hob Haus eine Entschädigung seines Vorgesetzten, eines Stadtrates, die ihm nicht zuzugute, eigenmächtig und unberechtigt auf und fällte sie in seinem Sinne um. Alle Sachen, die der Verhaftete bearbeitet hat, werden jetzt gründlich nachgeprüft. Festgestellt ist bereits, daß seine Verfehlungen mindestens 1 1/2 Jahre zurückreichen. Haus war aber schon länger in dieser Stellung, und deshalb werden auch die älteren Sachen in allen Einzelheiten noch untersucht. Diese Nachprüfungen sind noch nicht abgeschlossen.

Die Aktenfälschungen beim Amtsgericht Charlottenburg.

Zu den Aktenfälschungen, die der Kanzleiangestellte Georg Müller bei der Strafabteilung des Amtsgerichts Charlottenburg in einem Falle verfuhrte, hatten wir mitgeteilt, daß die Unternehmung auf Anzeige eines Kaufmannes aus der Goethestraße in Gang ge-

kommen sei. Von anderer Seite wurde gesagt, daß dieser Kaufmann von dem Aufsicht führenden Richter der Strafabteilung vorher abgewiesen worden sei. Das trifft nicht zu. Die Sache wurde vielmehr, bevor noch der Kaufmann bei der Kriminalpolizei erschien, bereits von dem Aufsichtsrichter aufgerollt. Dieser legte die Kriminalpolizei in Kenntnis, daß er Müller zunächst nichts merkte. Der Verhaftete wurde nun gestern nachmittag nach dem Polizeipräsidium gebracht und verhört. Dabei legte er das Geständnis ab, in einem anderen Falle eine Aktenvernichtung nicht bloß verurteilt, sondern auch durchgeführt zu haben. Ein 36 Jahre alter Kaufmann Leopold Doering, der in der oberen Friedrichstraße wohnt, hat wegen eines Wohnungseinbruchs 1 Jahr 3 Monate Gefängnis zu verbüßen. Bei der Einreichung eines Gnadengesuches lernte er Müller kennen. Im Laufe der Unternehmung kam er auf den Plan, die Strafakten zu beseitigen. Doering war bereit, dafür Geld zu zahlen, eine feste Summe wurde aber zunächst nicht vereinbart. Als nun die Strafakten wieder in Müllers Abteilung kamen, nahm dieser sie an sich und beseitigte sie. Doering schlug vor, sie in seiner Wohnung zu verbrennen, weil es ihm anderswo zu unsicher erschien. Auf Grund dieses Geständnisses wurde Doering von der Kriminalpolizei sofort gesucht, im Laufe der Nacht in seiner Wohnung verhaftet und ebenfalls nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier wurde dann weiter festgestellt, daß die Strafakten tatsächlich vernichtet worden sind. Im Oktober vorigen Jahres erschloß Müller mit ihnen in Doerings Wohnung. Dessen Chefrau schickte man unter der Vorpiegelung weg, daß man eine vertrauliche geschäftliche Besprechung zu erledigen habe. Dann verdrängten die beiden die Akten gemeinsam im Ofen. Müller hat von Doering nach und nach 400 M. und den Pfandschein über einen verfehlten Smoking erhalten. Er verlangte aber noch mehr Geld und mahnte ihn erst wieder am vergangenen Sonntag. Wie die weiteren Ermittlungen ergaben, besteht der Verdacht, daß Müller mit dem Aktenfälscher Glosstein-Dertel, der noch immer vergeblich gesucht wird, in Verbindung stand.

Schweres Flugzeugunglück in Staaken.

Aus 500 Meter Höhe abgestürzt.

Ein folgenschwerer Flugzeugabsturz ereignete sich heute früh kurz vor 7 Uhr auf dem Flugplatz in Staaken. Der Flugschüler Friedrich Rad von der Deutschen Verkehrsfliegerschule stürzte aus 500 Meter Höhe in die Tiefe. Der Apparat wurde völlig zertrümmert, M. mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Spandauer Städtische Krankenhaus eingeliefert. Zu dem Unglück wird folgendes bekannt.

Rad, der zurzeit in der Verkehrsfliegerschule zu Staaken wohnt, startete kurz vor 7 Uhr mit dem Doppeldecker D 1052 zu einem Übungsflug, der zunächst glatt vonstatten ging; in etwa 500 Meter Höhe, bei der Ausführung eines Linksröllens riß plötzlich die linke obere Drahtfläche der Schräglagensteuerung ab. Eine Betätigung des Steuerers war dadurch unmöglich geworden, so daß es dem Piloten nicht mehr gelang in die normale Fluglage zu kommen. Im Linkspiralflug ging die Maschine zunächst nach, und von 100 Meter ab in ungeheurer Geschwindigkeit steil zur Erde nieder. 400 Meter westlich des Flugplatzes prallte der Apparat mit ungeheurer Wucht auf den Erdboden auf und wurde vollständig zertrümmert. Von hinzueilenden Fliegern und Flugplatzangestellten mußte M. mit schweren Verletzungen aus den Trümmern gezogen werden. Der Verunglückte wurde in das Städtische Krankenhaus zu Spandau geschafft, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Von der Autohalle zum Säuglingsheim.

Im Norden Berlins, in der Dener Gasse Edinburger Straße hat das Bezirksamt Wedding eine neue Säuglingsfürsorgeeinrichtung eröffnet. Es ist eine frühere Autohalle, die mit viel Geschick ihrem jetzigen notwendigen und segensreichen Zwecke entsprechend umgewandelt wurde. Die Fürsorgeeinrichtung ist nach allen Regeln moderner Hygiene eingerichtet. An Stelle der üblichen langen Läden im Wartezimmer hat man kleine Bänke mit je einem darunter befindlichen Fach für die Kleidung gezeichnet, die durch Wände voneinander getrennt sind, so daß die Kinder gar nicht in direkte Berührung miteinander kommen. Der Wartesaal bietet Platz für 38 Personen. Drei Arztzimmer dienen zur Untersuchung, ein spezieller Raum für Höhenmessung; außerdem ist ein von den anderen Räumlichkeiten streng getrenntes Kuchenzimmer und Untersuchungsraum für Kinder mit intellektuellen Krankheitserkennungen vorgesehen. Aus Raumangel werden die Kinderwagen mit einem Pendelaufzug in höhere Regionen befördert und durch Nummernausgabe abgenommen und wieder ausgefolgt. In allen Zimmern ist fließendes warmes und kaltes Wasser; die Einrichtung ist ganz in weiß gehalten und bietet mit dem Schillerpark als Hintergrund ein überaus freundliches Bild. Bei der gestrigen Einweihung hielt Stadtrat Gen. Frank die Begrüßungsrede. Stadtverordneter Hausberg sprach für den arg verletzten Wedding eine Dankes, der durch diese Leistung viele eines besseren belehren müsse. Bürgermeister Gen. Leid vom Bezirksamt Wedding äußerte sich vor allem über das rasche, tatkräftige Wirken der neuen Fürsorgeeinrichtung, die mit möglichster Umgehung des langwierigen Instanzenweges arbeiten müsse. Es sprachen noch die Stadträte Habibute, Bohl und Ried, im Namen der jüdischen Gemeinde Rabbiner Dr. Alexander u. m. Stadtrat Genosse Dr. Drucker übernahm die Führung durch die Räume, die bereits morgen ihrer Bestimmung übergeben werden.

Prüfungsarbeiten der Gewerbelehrlinginnen.

Die Städtische Handels- und Gewerbelehrlingenschule für Mädchen in Potsdam enthält außer einer Handels- und einer Haushaltungsschule auch ein Seminar für Mädchen und Frauen, die sich als technische oder Gewerbelehrlinginnen ausbilden wollen. Im Rahmen einer Ausstellung wurden nun die Prüfungsarbeiten der abgehenden Schülerinnen gezeigt. Man sah allerhand Schönes aus dem Gebiete weiblicher Handarbeit. Häßliche Mätschearbeiten in einfacher und feiner Ausführung, Kleider, Hüte und allerhand kleine Nützgegenstände. Die Arbeiten zeigen teilweise sehr nette Begabung, viel Phantasie und große Sorgfalt der Ausführung. Der Gebrauchs, Eltern und Angehörige von den Fortschritten ihrer Sproßlinge durch öffentliche Ausstellungen zu überzeugen, ist ein ganz vernünftiger und es ist sehr pfeilschön üblich, dergleichen Schulentag-Ausstellungen zu veranstalten. Hier ist man allerdings des Guten etwas zu viel, indem man die fleißigen Mädchen zu flackernden Mannequins umzuwandeln versuchte, die ihre eigenen Erzeugnisse mit Musikbegleitung vorführen mußten. Die verlegenen jungen Dinger marschieren wie dreifache Bären auf, hatten naturgemäß jedes zwei Arme und zwei Beine zuviel, mit denen sie aber wenig anzufangen wußten. Außer diesem fünfjährigen Ausbildungskursus für Lehrlinginnen gibt es noch einen dreijährigen Kursus für solche Schülerinnen, die sich der praktischen Schneiderlei widmen wollen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat ihre nächste Sitzung am Donnerstag um 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht wieder eine lange Reihe von Vorlagen, Anträgen und Anfragen. Der kommunistische Antrag auf Anerkennung der Erwerbslosen-ausschüsse kommt aus dem Ausschuss zurück zur zweiten Beratung und Beschlußfassung.

Vertagung des Meineidsprozesses Leyk.

Meineidsanklage gegen Frau Holz?

Die Verhandlung gegen den Detektiv Leyk, der sich gegenwärtig vor dem Schwurgericht I unter der Anschuldigung in dem Lotzschlagsprozeß gegen Frau Hauptmann Ellen Holz als Zeuge einen Meineid geleistet und damit deren Freisprechung bewirkt zu haben, nahm am heutigen Verhandlungstage eine überraschende Wendung und führte zum vorzeitigen Abbruch zwecks weiterer Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und zwecks Erhebung einer Nachtragsanklage gegen Frau Holz wegen Anfechtung zum Meineid.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Dr. Lohf beantragte der Anklagenvertreiter, Staatsanwaltschaftsrat Jacoby I weitere Zeugenabfragen, darunter die Vernehmung von Mia Michel, der damaligen Hausangestellten von Frau Holz, die bekräftigen soll, daß Frau Holz den Angeklagten dauernd bearbeitet habe, eine solche Aussage zu machen. Rechtsanwält Dr. Binder beantragte seinerseits die Ladung von Frau Ellen Holz, mehrere Richter und eines Rechtsanwalts, durch deren Vernehmung sich ergeben soll, daß die gestern vernommene Belastungszeugin Frau Holz eine nervöse und ungläubwürdige Frau sei. Nachdem das Gericht bereits über diese Anträge beraten hatte, stellte Staatsanwaltschaftsrat Jacoby I, ehe der Beschluß verkündet worden war, neue Anträge: Nach der gestrigen Aussage der Zeugin Holz bestehe nicht nur der dringende Verdacht, daß Leyk einen Meineid geleistet hat, sondern daß auch Frau Holz ihn dazu angezettelt hat. Es wird nötig sein, einen Bankdirektor zu laden. (Der Name wurde nicht genannt). Ein Zeuge weiß zu bekunden, daß er ein Gespräch zwischen dem Bankdirektor und Frau Holz gehört hat, in dessen Verlauf Frau Holz dem Bankdirektor sagte: „Auf Dein Verlangen habe ich meinen Mann erschossen, und nun willst Du mich nicht heiraten.“ Der Bankdirektor soll erwidert haben; daß das vorläufig nicht gehe, daß er aber für alles aufkommen werde. Als der Zeuge ins Zimmer trat, hatte der Bankdirektor Geld in der Hand, und er wurde sehr verlegen. Diese Umstände führen dazu, das Meineidsverfahren auf Frau Holz auszuweihen. Die dadurch notwendigen Ermittlungen bedingen auch eine Vertagung des Prozesses gegen Leyk, damit nachgeprüft werden kann, in wie vielen Punkten dessen Zeugenaussagen wissenschaftlich falsch waren. Rechtsanwält Dr. Binder will dem Antrage des Staatsanwalts auf Vertagung nicht widersprechen. Nach kurzer Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Dr. Lohf, daß das Schwurgericht beschlossen habe, die Verhandlung gegen Leyk zu vertagen und die Akten der Staatsanwaltschaft zu weiteren Ermittlungen zurückzugeben. „Da, soweit etwa dringender Tatverdacht gegen Leyk vorliegen sollte, eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr besteht, hat das Gericht beschlossen, den Angeklagten Leyk aus der Untersuchungshaft zu entlassen und den Haftbefehl gegen ihn aufzuheben.“ — Damit wurde der Meineidsprozeß auf unbestimmte Zeit vertagt.

Schluß mit der Verkehrssteuer.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

„Als einzige Kriegsteuer ist bisher bei den kommunalen Verkehrsunternehmungen die Belastung durch die im Kriege eingeführte Verkehrssteuer geblieben. Sie stellt bei der bisherigen Entwicklung des Steuerwesens eine Ausnahmesteuerung dar, die fast ausschließlich in kommunalem Bereich befindlichen Straßenbahnen und ähnlicher Verkehrsmittel dar. Mit Rücksicht darauf, daß auch die Verkehrsunternehmungen der Stadt Berlin wie die anderer Städte durch diese veraltete Steuer in außerordentlichem Maße belastet werden, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, bei der Reichsregierung und dem Reichstag dahin zu wirken, daß diese verkehrshindernde Steuer auf den Soh der allgemeinen Umsatzsteuer herabgesetzt wird.“

Der erdichtete Raubüberfall.

Der Armenvorsitzer Scheller wollte, wie wir mitteilten, im Fluß seines Hauses überfallen und um 2000 M. Unterstützungsgelder beraubt worden sein. Das Raubbezernat der Kriminalpolizei bedarf nun eigentümliche Umstände auf, die den Verdacht haben auszuweichen lassen, daß Scheller, der in der Anklamer Straße eine kleine Schneiderwerkstatt betreibt, den Raubüberfall erdichtet hat. Er bekleidet das Amt des Armenvorsitzers seit 1 1/2 Jahr. Früher war er Fahrstuhlführer in einer Papierfabrik in der Karlsruher Straße, wurde aber seiner Stellung entbunden, weil er Papier, Kabinenumm und andere Waren mit nach Hause genommen hatte. Diese Sachen wurden jetzt noch in seiner Wohnung gefunden und beschlagnahmt. Weiter ergab sich, daß Scheller persönliche Schulden in Höhe von 1000 M. hatte, aber nicht die Möglichkeit besaß, sie zu decken. Seinen Vertrauensposten als Armenvorsitzer hat er größtenteils mißbraucht. Zur völligen Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe wäre es erwünscht, wenn sich Personen, die mit Scheller in seiner Eigenschaft als Armenvorsitzer zu tun gehabt haben, beim Raubbezernat der Kriminalpolizei, Kriminalkommissar Werneburg, im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums melden.

Albert Thomas in Hamburg. Ein Appell an Deutschland.

Hamburg, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, weilte am Montag und Dienstag in Hamburg. Am Montagmorgen wurde er im Hamburger Rathaus in Anwesenheit des Vorstandes der Bürgergesellschaft und von Vertretern der Unternehmer und Arbeiterorganisationen vom Senat empfangen. Bürgermeister Dr. Schramm begrüßte ihn in einer Ansprache, in der er betonte, daß in Hamburg für die Bedeutung der Aufgaben und der Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes ein besonderes Verständnis herrsche. Der Krieg habe die Richtigkeit und Notwendigkeit des alten Satzes neu erleben lassen, daß der Mensch, der lebendige Mensch das Maß aller Dinge ist. Die wirtschaftliche Verpflichtung der Völker bedinge die gemeinsame Regelung der großen sozialpolitischen Fragen. Mit dem Wunsch auf ein segensreiches Wirken des Internationalen Arbeitsamtes und seines Direktors schloß der Bürgermeister seine Rede, auf die Albert Thomas mit Dantesworten erwiderte.

Am Laufe des Montags und des Dienstags stattete Albert Thomas dann den verschiedenen Zentralbüros der Gewerkschaften einen Besuch ab und sprach sich außerordentlich anerkennend über die guten Organisationsverhältnisse aus. Am Dienstagabend sprach er in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung der Freien Gewerkschaften über „Internationale Arbeiterorganisation und der Frieden“. Thomas gedachte des verstorbenen Genossen Legien, den er einen Meister der Sozialpolitik nannte, rühmte die Energie, Disziplin und Initiative der deutschen Arbeiterklasse und warb dann um tatkräftige Mithilfe aller Arbeiterorganisationen an den Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes. Um den Frieden zu verwirklichen, sei es nötig, daß die Nationen untereinander nicht nur nach wirtschaftlicher Gleichberechtigung streben, sondern den Frieden in allen Fällen des staatlichen und sozialen Lebens wollen. Thomas richtete besonders an Deutschland den Appell, die Ratifikation der internationalen Übereinkünfte in den Fragen der Arbeitszeit und der Sozialpolitik durchzuführen; stehe doch Deutschland in dieser Beziehung unter den Nationen zurzeit erst an 22. Stelle.

Berufsgliederung der Arbeitslosen.

Seit Beginn des Jahres 1927 wird in der Arbeitsnachweisstatistik die berufliche Gliederung der in der Erwerbslosenfürsorge und Krisenfürsorge hauptunterstützten Erwerbslosen durchgeführt. Die Ergebnisse der neuen Berufsgliederung bringen eine Reihe interessanter und beachtenswerter Ziffern.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge einschließlich der Krisenunterstützten gliedert sich Ende Februar nach Berufsgruppen wie folgt: Landwirtschaft 60 351 (2,75 Proz.), Bergbau 29 382 (1,60 Proz.), Industrie der Steine und Erden 74 775 (2,44 Proz.), Metallverarbeitung 297 625 (16,23 Proz.), Gemische Industrie 8297 (0,45 Proz.), Spinnstoffgewerbe 31 064 (1,74 Proz.), Zellstoff- und Papierherstellung 12 308 (0,67 Proz.), Lederindustrie 15 803 (1,03 Proz.), Holz- und Schnitstoffgewerbe 81 809 (4,46 Proz.), Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 47 914 (2,61 Proz.), Bekleidungs- und Textilgewerbe 79 716 (4,35 Proz.), Gesundheits- und Körperpflege-Reinigungsgewerbe 4496 (0,25 Proz.), Baugewerbe 208 389 (11,36 Proz.), Berufsfähigungsgewerbe 6756 (0,37 Proz.), kunstgewerbliche Berufe 1407 (0,08 Proz.), Theater, Musik usw. 4253 (0,23 Proz.), Gast- und Schankwirtschaft 20 199 (1,10 Proz.), Verkehrsgewerbe 80 841 (4,41 Proz.), häusliche Dienste 29 504 (1,61 Proz.), Lohnarbeit wechselnder Art 630 288 (34,39 Proz.), Heizer und Maschinisten 11 342 (0,61 Proz.), kaufmännische Angestellte 95 146 (5,19 Proz.), Bureauangestellte 21 022 (1,15 Proz.), Techniker 14 663 (0,80 Proz.), Freie Berufe 2154 (0,12 Proz.), ohne Berufsangabe 57.

Bereitbare Arbeitssuchende gab es Ende Februar 1927 nach der Monatsstatistik der Arbeitsnachweise: Landwirtschaft 73 797 (3,03 Proz.), der Gesamtzahl der Arbeitssuchenden, Bergbau 26 545 (1,50 Proz.), Industrie der Steine und Erden 52 103 (2,14 Proz.), Metallverarbeitung 363 864 (14,95 Proz.), Gemische Industrie 10 854 (0,45 Proz.), Spinnstoffgewerbe 38 335 (1,57 Proz.), Zellstoff- und Papierherstellung 16 331 (0,67 Proz.), Lederindustrie 23 497 (0,97 Proz.), Holz- und Schnitstoffgewerbe 96 120 (4,03 Proz.), Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 62 599 (2,57 Proz.), Bekleidungs- und Textilgewerbe 100 940 (4,15 Proz.), Gesundheits- und Körperpflege-Reinigungsgewerbe 7590 (0,31 Proz.), Baugewerbe 243 195 (9,99 Proz.), Berufsfähigungsgewerbe 9082 (0,37 Proz.), Kunstgewerbliche Berufe 1983 (0,08 Proz.), Theater, Musik usw. 13 407 (0,55 Proz.), Gast- und Schankwirtschaft 41 181 (1,69 Proz.), Verkehrsgewerbe 103 181 (4,24 Proz.), häusliche Dienste 80 211 (3,30 Proz.), Lohnarbeit wechselnder Art 786 303 (32,29 Proz.), Heizer und Maschinisten 16 022 (0,66 Proz.), kaufmännische Angestellte 185 320 (7,61 Proz.), Bureauangestellte 33 333 (1,37 Proz.), Techniker 30 301 (1,24 Proz.),

Freie Berufe 6460 (0,27 Proz.), ohne Angabe 57; sämtliche Berufsgruppen 2 434 611 (= 100).

Der Stand von Ende Januar und Ende Februar 1927 zeigt, daß in beiden Monaten gleichmäßig etwa nur 3/4 aller am Monatsende verfügbaren Arbeitssuchenden auch Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge bzw. Krisenfürsorge waren. Dabei ist zu beachten, daß in der Zahl der Arbeitssuchenden auch Arbeitnehmer enthalten sind, die bei Stellung des Arbeitsgesuches nicht arbeitslos waren. Eine Schätzung dieser Zahl bildet die unterföhrte Arbeitsmarkt-Statistik für das Jahr 1923, aus der sich ergibt, daß im Durchschnitt von 12 Monaten von 100 Arbeitssuchenden 5,1 Proz. nicht arbeitslos waren.

Sehr beachtenswert ist in der amtlichen Statistik die Lohngruppe „Lohnarbeit wechselnder Art“. Nach der Erhebung vom 2. Juli 1926 waren 26,9 Proz. aller Hauptunterstützungsempfänger solche, die in Lohnarbeit wechselnder Art gefanden hatten, während Ende Februar sogar 34,4 Proz. aller Hauptunterstützungsempfänger zu dieser Gruppe gehörten. Wenn der Saisonunterschied in der Landwirtschaft und im Baugewerbe zwischen dem 2. Juli 1926 und Ende Februar 1927 nicht so stark in Erscheinung tritt, so liegt das nicht zuletzt daran, daß bei der Landwirtschaft die Saisonarbeiter und beim Baugewerbe die ungelerten Bauarbeiter bei der „Lohnarbeit wechselnder Art“ mitgezählt werden. Interessant ist im Vergleich mit der Erhebung vom 2. Juli 1926 die Entwicklung in einigen wichtigen Industriegruppen. So betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 2. Juli 1926 im Bergbau 60 913, am 28. Februar 1927 (mit Einschluß der Krisenunterstützten) 29 382, also eine Abnahme von 31 531 oder 51,8 Prozent. Bei der Metallverarbeitung lauten die entsprechenden Ziffern: 328 457, 297 625, Abnahme 30 832 oder 9,4 Proz. Bei der Industrie der Steine und Erden: 25 353, 44 775, also Zunahme von 19 422 oder 76,8 Proz.; Gast- und Schankwirtschaft 9113, 20 199, also Zunahme von 11 084 oder 121,6 Proz.; Bekleidungs- und Textilgewerbe 104 013, 79 716, also Abnahme 24 297 oder 23,4 Proz.

Eine peinliche Situation für Herrn Schiele.

Das Elend der Landarbeiter von Behrends festgestellt.

Der christliche Zentralverband der Landarbeiter hat dem neuen Reichsernährungsminister eine durchaus zureichende Denkschrift über die Notlage der landwirtschaftlichen Arbeiter unterbreitet. In der Denkschrift wird beispielsweise gesagt:

„Die Löhne sind völlig unzureichend. Die Landarbeiterfamilien sind vielfach nicht in der Lage, aus ihrem Lohnneinkommen die notwendigen Ausgaben für den Haushalt zu bestreiten und sind häufig dem Arbeitgeber oder Kaufleuten und Gewerbetreibenden gegenüber verschuldet. Notwendige Anschaffungen an Kleidung, Wäsche und Einrichtungsgegenständen müssen unterbleiben. Die Folgen dieses Zustandes sind, daß die Arbeitsfreudigkeit gelähmt und die Leistungsfähigkeit vermindert wird. Diese Tatsache ist sowohl in kultureller als auch in sozialer Beziehung sehr bedenklich. Die ungenügende Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeiter ist außerdem wirtschaftsschädigend. Eine zahlenmäßig starke Gruppe scheitert als Verbraucher auf dem Innenmarkt fast vollständig aus.“

Die Schlusszeilen der Denkschrift enthalten folgende Worte: „Das landwirtschaftliche Problem besteht nicht allein darin, die Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, daß sie Steuern und Zinsen bezahlen, Maschinen und Kunstdünger kaufen kann. Viel wichtiger ist die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Hebung der Landarbeiterschaft!“

Soweit die immerhin deutliche Stellungnahme des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter, dessen Vorsitzender bekanntlich Franz Behrends ist. Franz Behrends ist deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und damit Fraktions- und Parteigenosse des Reichsernährungsministers Schiele. Wie wird sich Herr Schiele einstellen, ohne auf der einen Seite seinem Landblückerprogramm treu zu werden und ohne auf der anderen Seite seinen Fraktionskollegen zu desanulieren? Eine peinliche Situation.

Vor dem Kampf in der Landschaftsgärtnerei.

Ein letzter Einigungsversuch.

Wie wir erfahren, haben die Unternehmer die Forderung der Landschaftsgärtnerei, eine Erhöhung der Löhne um 10 Proz. zu bewilligen, widrigenfalls die Arbeit am Donnerstag früh niedergelegt wird, in einer Versammlung am Dienstagabend abgelehnt. Damit würde der Streik in der Landschaftsgärtnerei unvermeidlich sein.

Um den Streik wenn möglich in letzter Stunde zu verhindern, bemüht man sich, im Laufe des heutigen Nachmittages noch mal Einigungsverhandlungen anzubahnen. Ob dieser Versuch zu einem Ergebnis führen wird, erscheint uns noch zweifelhaft. Die Landschaftsgärtnerei werden heute abend in ihrer Versammlung die letzten Entscheidungen treffen.

Das britische Antigewerkschaftsgesetz. Es geht selbst Konservationen zu weit.

London, 5. April. (WTB.) Die Gesetzesvorlage über das Gewerkschaftswesen, deren Wortlaut gestern abend veröffentlicht wurde, steht heute im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. In den Wandlungen des Parlaments herrschte gestern abend, wie verlautet, unter den Mitgliedern der Arbeiterpartei große Erregung, die ihren Ausdruck in dem heutigen Leitartikel des „Daily Herald“ findet. Das Arbeiterblatt schreibt: Diese erstaunliche Vorlage wird ohne Ermächtigung der Wählerschaft eingebracht. Die Regierung wagt es nicht, die Entscheidung einer allgemeinen Wahl zu unterbreiten. Die Vorlage bildet nicht einmal das Ergebnis der Erwägung einer amtlichen Untersuchungskommission, sondern ist eine ganz willkürliche Maßnahme, die vom Kabinett ausgeht wurde, während das Regierungsoberhaupt öffentlich heuchlerische Reden über das Wohlwollen und die Freundschaft in der Industrie hielt. Die Arbeiter werden also als geistig minderwertig behandelt und es wird ihnen eine Strafe angedroht, die schwerer Verbrechen würdig ist. Dieses Gesetz wird die ganze Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zum entschlossenen Widerstand vereinen, die gleichgültigen Kreise der Arbeiterbewegung in Bewegung bringen und zu einer solchen Wiederbelebung der Arbeiterbewegung führen, daß Baldwin und seine Gefährten Anlaß haben werden, ihre Dummheit zu bereuen.

Die politische Korrespondent der „Daily Mail“ meldet: Die Mehrheit der Anhänger der Regierung war überrascht, daß die Vorlage derartig weit geht. Die sozialistischen Einseitiger erklärten, sie bedeute 100 neue Siege für die Arbeiterpartei. Der Korrespondent fügt hinzu, daß die Vorlage viel dazu beitragen werde, die miteinander verfeindeten Teile der sozialistischen Partei wieder zusammenzubringen; es seien, wie verfaute, bereits Pläne für einen großen Feldzug gegen die Regierung in Vorbereitung.

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ erklärt, die Vorlage sei schärfer gefaßt, als in den Kreisen der Konservation und der Arbeiterpartei erwartet worden war.

Der Arbeiterführer Henderson sprach in einem Presseinterview seine Ansicht aus, daß die Regierung kaum wagen werde, ein derartiges Gesetz durchzuführen, ohne erst den Versuch zu machen, ein Mandat dazu von der Wählerschaft zu erhalten.

Die KPD. spaltet die Stauerereignisgesellschaft.

Im Kampf zwischen der Linken und der ultralinken Richtung in der kommunistischen Partei Hamburgs um die kommunistische Stauerereignisgesellschaft ist jetzt die Parteileitung zur Gründung einer Stauerereignis-G.m.b.H., d. h. eines Konkurrenzunternehmens übergegangen. Der Führer des neuen Unternehmens ist das kommunistische Bürgerlichkeitsmitglied Walter, der vor dem Kriege Führer einer gelben Organisation und nach dem Kriege Leiter des hyperradikalen deutschen Schiffsahrtsbundes war. Entgegen allen gewerkschaftlichen Grundsätzen wurde für dieses Unternehmen ein eigener Arbeitsnachweis eingerichtet, wodurch dem Streben der organisierten Arbeiterklasse nach Vereinhilflichkeit der Arbeitsvermittlung im Hafen direkt entgegengehandelt wird. Die Stauerereignis-G.m.b.H. kümmert sich weder um gewerkschaftliche Grundsätze in der Arbeitsvermittlung noch um die von den Gewerkschaften angestrebte Herabsetzung der Arbeitszeit. Sie läßt auf den russischen Schiffen zwei und drei Schichten hintereinander arbeiten, ohne Rücksicht darauf, daß Hunderte von Erwerbslosen in den Nachweilen auf Beschäftigung warten. Dies rücksichtslose Vorgehen hat bei den Hamburger Schauerleuten und anderen Hafenarbeitergruppen von neuem maßlose Verbitterung ausgelöst, weil sich hier einmal ganz deutlich zeigt, wie wenig der kommunistischen Partei an der Vertretung der Arbeiterinteressen liegt. Sobald ihr aus parteipolitischen Gründen etwas nicht in den Kram paßt, scheut sie, wie jeder Brinialunternehmer, auch vor wirtschaftlichen Terrormaßnahmen nicht zurück.

Streik der Hafenarbeiter am Rhein.

Mannheim, 6. April. (WTB.) In einer stark besuchten Versammlung der Hafenarbeiter Mannheims und Ludwigshafens wurde der Schlichtungsausschuss vom 4. April, der eine Lohnerhöhung von 3 Pf. ab 1. April und weitere 3 Pf. ab 1. Oktober vorsieht, mit 98 Proz. der abgegebenen Stimmen abgelehnt. Der Streik scheint unvermeidlich.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Kahnt; Kultur: R. D. Schilder; Sozialer und Konfession: Fritz Kahnt; Kasse: Th. Glöckler; Redaktion in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Dörffler

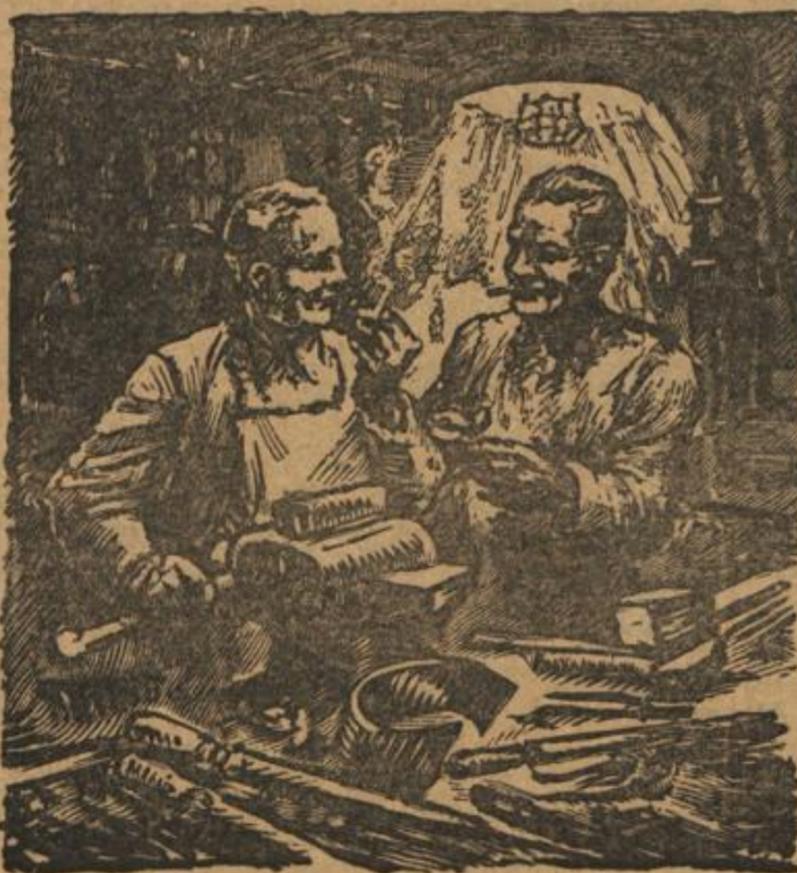
WÜRSTOCHEN • BOCKWURST
Etwas ganz Besonderes!

Der gute Kapitän-
Kautabak ist in den meisten Dörffler-
Geschäften erhältlich

C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22. KgSt. 3861



Wer Meister werden will,
muß auch die Zeit nach Feierabend nutzen. Daher ist der Arbeitstag des Handwerksgehilfen mit dem Glockenschlag noch nicht zu Ende. Neue Spannkraft nach ermüdem Tagewert aber



verleiht ihm die Zigarette
Mit Recht ist er in ihrer
Wahl ebenso sorgfältig
wie in seiner Arbeit. Er
bevorzugt die köstlich-
aromatische
Oberst
5s
womit er sich selbst ein
Zeugnis seines guten
Geschmacks ausstellt
Waldorf-Astoria
Zigarettenfabrik U.S. Stuttgart